

Änderungsantrag zum Antrag 2314 zur Kreistagssitzung 24. Juni 2019

Wohnungslosigkeit - Änderungsantrag 2313 DIE LINKE

Beschlussvorlage :

1. Der Punkt 4 des Antrages 2313-2019 ist wie folgt zu ändern :
Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle wird spätestens dann tätig, wenn sie von gemeinnützigen Bauträgern wie „Gemeinnützige Baugenossenschaft e.G. und dem Bauverein Darmstadt (und evtl. Andere gemeinnützigen Bauträgern) oder von privaten Wohnungsbesitzer über eine außerordentliche fristlose Kündigung gem §§543 Abs. 2 Ziffer 3 - && 569 BGB Abs. 3 von Bürgern des Landkreises Darmstadt Dieburg informiert wird.

2. Der Punkt 5 des Antrages 2313-2019 wird wie folgt geändert:

Der Landkreis koordiniert die Arbeit der Fachstelle. Für die Koordination wird mindestens eine Personalstelle bereit gestellt.

3. Der Punkt 6 des Antrages 2312-2019 wird wie folgt geändert:
Für die genannten Aufgaben der Fachstelle werden die benötigten Mittel bereit gestellt.

Begründung:

Bezahlbarer Wohnraum ist im Landkreis Darmstadt Dieburg kaum noch vorhanden. Die Mieten steigen schneller, als es die am 1.2.2019 beschlossenen angemessenen Mieten des Landkreises Da/Di darstellen können. Immer mehr Bürger des Landkreises Darmstadt Dieburg werden aus formellen Gründen und ohne Selbstverschulden - oftmals ausgelöst durch nicht rechtssichere Bescheid der KfB - die Wohnung gekündigt. (Detaillierte Begründung erfolgt bei hoffentlich genügender Redezeiten in der KT Sitzung am 24.6.)

All die genannten Gründe lassen sich im Vorfeld der Kündigung des Wohnraumes durch die geplante Fachstelle lösen. Niemand im Landkreis Darmstadt Dieburg darf ohne eigen verschuldetes Verhalten der Wohnraum gekündigt werden. Dies ist aber derzeit immer häufiger der Fall.

Die Fachstelle Wohnraum hat daher - der Meinung der LINKEN - eine wichtige sozialpolitische Funktion. Sie dient bereits im Vorfeld der Minderung der gekündigten Wohnraumfälle und der Klärung und

Erhaltung des bezahlbaren Wohnraumes. Eine solche Funktion der Fachstelle Wohnraum würde breite Bejahung der sozialen Bauträger finden. Dies würde deutlich zur Entlastung der Aufgaben der Sozialbehörden im LK Da/Di und zur Entlastung der Verwaltung der sozialen Bauträger beitragen.

DIE LINKE bittet um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

DIE LINKE im Kreistag Da/Di